

Diese besterhaltene unparteiische Zeitung erscheint wochentags Abends (mit Datum des nächsten Tages) und kostet mit den fünf wöchentlichen Beilagen:

**Keine Postzeitung,  
Sächsischer Erzähler,  
Gerichts-Zeitung,  
Sächsisches Märchen,  
Illustriertes Unterhaltungsblatt,**

Bei den Verkaufsstellen und bei den Abbestellern monatlich 40 Pfennige.  
1899. Postzeitung Nr. 2877.

# General-Anzeiger

## für Chemnitz und Umgegend.

(Sächsischer Landes-Anzeiger). — Gegründet 1873 als „Anzeiger“.

Verlag und Rotationsmaschinen-Druck von Alexander Wiede in Chemnitz, Theaterstraße Nr. 5.

Kunzeigenpreis: Gekostete Corvulle (ca. 9 Silberrücken) oder deren Raum 15 Bg. (Preisvergleichsweise 2 Bg.) — Bezugsstelle (Gekostete Corvulle) 11 Silberrücken (ca. 9 Bg.) — Kunzeigen können nur bis Sonntag 10 Uhr angenommen werden, da Druck und Verbreitung durch die täglich erscheinende Chemnitz Eisenbahn-Zeitung.

Bestellungspreis: Kunzeigen-Interesse haben für billigsten Preis zugleich Verbreitung durch die täglich erscheinende Chemnitz Eisenbahn-Zeitung.

### Deutscher Reichstag.

29. Sitzung vom 10. Februar 1899. 1 Uhr.

**Am Tische des Bundesrats: Graf Posadowski, Dr. Noth.**  
Die erste Beratung der **Bankgesetznovelle** wird fortgesetzt.  
**Abg. v. Kardorff (Reichsp.)**: Zunächst bedauere ich, daß der **Abg. v. Schönlank** durch Krankheit verhindert ist, in der Bankfrage das Wort zu nehmen. Ich betrachte die Vorlage nicht vom bismarckianischen Standpunkte, stelle mich ihr gegenüber vielmehr durchaus auf den Standpunkt der Goldwährung. Wenn ich ein gläubiger Verehrer der Verstaatlichung der Reichsbank wäre, wie ich es nicht bin, so würde ich den Gedanken jetzt auch nicht verfolgen, da er keine Aussicht hat, eine Mehrheit im Reichstage und im Bundesrat zu erhalten. Ich erkenne an, daß die Aufgaben der Bank sind: Aufrechterhaltung der Reichswährung und Regelung des Geldverkehrs. Der **Abg. Schönlank** meinte, die Agrarier wollten aus der Bank eine Pumphstation für sich machen. Das liegt uns fern. Aber ich wünsche auch nicht, daß sie eine Wohlthätigkeitsanstalt für einzelne Bankfirmen werde. In die Vorfrage auf die Reichsbank, die wir neulich hier gehört haben, kann ich nicht einfließen. Wenn der industrielle Aufschwung an dem Niedergang des Metallwerts die Schuld trägt, dann hätte doch auch die Notenausgabe viel erheblicher steigen müssen. Das war aber nur in unbedeutendem Maße mehr der Fall gegenüber den Vorjahren. Inwiefern mag etwas auch der industrielle Aufschwung dazu beigetragen haben. In der Hauptsache aber ist auf die auswärtigen Anteile und die Handelsunterbilanz der Metallabfuhr zurückzuführen. So lange wir die ungeliebten Handelsverträge haben, werden wir eine starke Einbuße landwirtschaftlicher Produkte haben, die allein zwei Milliarden ausmacht, um die unsere Handelsbilanz zu unseren Ungunsten belastet wird. Wenn es der Kommission gelingen sollte, eine Vorlage zu Stande zu bringen, die einen gleichmäßigen und niedrigen Diskont sichert, so würde sie sich ein großes Verdienst erwerben. (Beifall rechts.)

**Abg. Fritzsche (Frei. Ver.)**: Die Unterbilanztheorie des Herrn v. Kardorff wird widerlegt durch den ungeheuren Zuwachs an Vermögenswerten der letzten Jahre in Deutschland festgestellt ist. Die Mehrheit im Reichstage gegen die Verstaatlichung der Reichsbank ist ein glänzendes Zeugnis für die Führung der Reichsbank. Herr v. Kardorff meinte, der Diskontsatz der Reichsbank sei ein Barometer für den Kredit, den ein Land genießt. Nun, auf die gestrige erfolgreiche Ratifikation von 200 Millionen Mark sind 4 Milliarden gezahlt worden. Lassen Sie also jenen Grundhieb, wie haben Kredit genug. Herr Graf Posadowski hat neulich mit Recht darauf hingewiesen, daß durch die Aufhebung des Terminhandels der Kredit der Reichsbank angespannt und dadurch die Erhöhung des Diskonts mit hervorgerufen worden sei. Die Behauptung des Grafen Kardorff, daß der Terminhandel fortbestehen, ist durch nichts begründet. Somit würde wohl auch der Barometerkommission einstecken. Die große Inanspruchnahme der Reichsbank durch die Zentralgenossenschaftskasse hat ebenfalls auf den Diskont erhebend eingewirkt. Der Graf Kardorff wünschte möglichst hohe Warentpreise. Das waren nicht immer Ihre Anschauungen, wie die Geschichte des Agrarballismus zeigt. Wenn es Ihre Interesse gebot, waren Sie entgegengesetzter Ansicht. Ich erinnere Sie nur an die Zeit, als die zängliche Aufhebung der Eisenölle in Frage stand. Aus den von den Rednern des Bundesrats und der Banken vorgebrachten Gründen stimmen wir gegen die Verstaatlichung der Reichsbank. Daß mit einer reinen Staatsbank große Gefahren für den Staat verbunden sind, ist zweifellos. Herr Dr. Noth hat die Rücksicht auf die Befähigung des in der Bank befindlichen Vermögens im Falle eines unglücklichen Krieges mit der Vemerung freilich ab: Für den Fall eines unglücklichen Krieges Gesetze machen, ist nicht deutsche Art. (Heiterkeit.) Wegen die Übernahme der neuen Aufsichtskräfte auf das Reich sind wir, da dies der Anfang der Verstaatlichung wäre. Im Großen und Ganzen sind wir mit den Bestimmungen der Vorlage einverstanden. Was die Privatnotenbanken betrifft, so würden wir gewiß, wenn wir heute eine Reichsbank schaffen wollten, die Privatnotenbanken nicht zulassen. Wenn die Reichsbank nachweist, sie könne ihre Aufgabe, den Geldverkehr zu regeln und die Goldwährung aufrecht zu erhalten, ohne die Diskontbeschränkung der Privatnotenbanken nicht erfüllen, so würden wir daran willigen. Ist dies nicht der Fall, so sehe ich nicht ein, warum eine solche Bestimmung in das Gesetz hineinkommen soll. In der Kommission wird diese Frage näher Erörterung zu werfen werden müssen. Wir wünschen und hoffen, daß eine Vorlage aus der Kommission hervorgeht, die es der Reichsbank ermöglicht, ebenso segensreich zu wirken, wie bisher. (Beifall.)

**Abg. Dr. Fahn (Bun. der Landw.)** erklärt zunächst, er habe dergleichen, wie der Vortrager, nicht aus dem reinen Interesse herausgesprochen. Es ferner Herr Heiligenstadt Mitglied der Zentralgenossenschaftskasse sei, sei ganz gleichgültig und entziehe ihm nicht das Recht, hier als Abgeordneter über das Verhältnis dieser Kasse zu der Reichsbank zu sprechen. Die Angriffe gegen die Reichsbank seien nicht gerichtet gegen die Person des Präsidenten, sondern gegen das System. Weßhalb sollen die Anteilhaber, die doch in die Verwaltung nicht hineinzu sprechen hätten, doch am Gewinn teilnehmen? Dem Präsidenten müßte ein wirtschaftlicher Aufsicht aus allen Kreisen der Bevölkerung zur Seite gesetzt werden. Derselbe würde ebenso gut fungieren, wie der jetzige Aufsicht. Dinge, was in der Kommission mit der Verstaatlichung nicht durch, so müsse wenigstens der Gewinnanteil der Aktionäre herabgesetzt werden. Das Wichtigste sei aber die Diskontpolitik. Der hohe Diskont sei für den Kleingewerbetreibenden verhängnisvoll, und habe dabei den Goldfuß doch nicht verhindern können. Aus dem schweren Goldverrat der Bank sehe er für den Fall des Krieges schwere Gefahren vor. Die Diskontpolitik der Reichsbank habe sich jedenfalls nicht bewährt, und die Schuld daran liege in der Hauptsache bei der ganzen Organisation der Bank. — Der Redner vertritt sich weiter über die Wirtschaftspolitik, diejenige des Fürsten Bismarck und die Caprivis

gegenüberstehend. Vortrager habe der Landwirtschaft keinen genügenden Schutz geboten. **Abg. Schönlank** habe von einer Liebesgabenpolitik der Anhänger der Reichsbank-Verstaatlichung gesprochen. In Wirklichkeit wolle dieselbe aber die Verstaatlichung nur im Interesse einer besseren Diskontpolitik. Ich kann mir gar nicht denken, daß der **Abg. Schönlank** an die von ihm ausgesprochene Verstaatlichung selbst glaubt. (Auf Sings: „Nanu!“) Eine bessere Diskontpolitik würde eine Wohlthat für alle produktiven Stände Europas sein. (Beifall rechts.)

**Reichsbankpräsident Dr. Noth** (auf der Tribüne schwer verständlich) nimmt die Diskontpolitik der Reichsbank in Schutz. Jede Diskontveränderung werde auf das Sorgfältigste erwogen. Wenn das Wirtschaftsgeschehen so in die Höhe gehe, wie seit 1895, wenn der Wechselkurs so außerordentlich zunehme, so seien die eingetragenen Diskontveränderungen nur natürlich. Der Abgeordnete Fahn und Genossen stellten sich die Politik der Bank von Frankreich so einfach dar: Wenn die Bank mehr Gold wird für den Export gefordert, so giebt sie das Geld nur mit Prämie ab! So einfach ist die Sache doch nicht. Die Bank von Frankreich giebt Napoleons überhaupt nur ab bei Einfuhr von Getreide — ich weiß nicht, ob gerade das den Herren so besonders wünschenswert ist — und Baumwolle. Die Abgabe mit Prämie ist überhaupt nicht so häufig. Die beste Politik gegen Goldausfuhr ist und bleibt immer die Diskontpolitik. **Abg. v. Kardorff** hat meine Zeitung der Bank für eine verhängnisvolle erklärt. Es ist dies der höchste Vorwurf, den er mir machen konnte: wieso verhängnisvoll? Die Bank soll nach ihm eine Wohlthätigkeitsanstalt sein für die heute faulende Welt. Das trifft am Allerwenigsten! Wir haben bei Weitem mehr mit kleinen Gewerbetreibenden zu thun. Die Herren behaupteten ferner, die Grundlage unserer Währung sei nur schwach. Was muß das für einen Eindruck im Ausland machen, wenn hier ein Abgeordneter die Schule uns es nationalen Kredit als schwach darstellt?

**Abg. Brömmel (Frei. Ver.)**: Mir liegt nur daran, die Ausführung des Abgeordneten Fahn in einem einzigen Punkte zu ergänzen. Wenn Herr Fahn die Ausschließung fremder Waare als Schutzmaßnahme bezeichnet, so haben die Konventionen kein Recht, die gegenwärtige Politik der Handelsverträge ebenfalls als Schutzmaßnahme zu bezeichnen. (Auf links: „Sehr richtig!“) Der Redner tritt dann einem Angriff des **Abg. Heiligenstadt** auf den Reichsbankpräsidenten in Hamburg entgegen, ebenso den Ausführungen des **Abg. Heiligenstadt** über die Zentralgenossenschaftskasse. Diese halte es nicht einmal für nötig, für genügende Veröffentlichung ihrer Geschäftsberichte zu sorgen, was doch ihre einfachste Pflicht gegenüber der Öffentlichkeit sei. Der Abgeordnete Heiligenstadt habe kein Recht, dem Bankdirektor Kinkel in Hamburg private Verbindungen gegenüber der Zentralgenossenschaftskasse nachzufragen. **Abg. Heiligenstadt** habe dem Direktor Kinkel geradezu einen förmlichen Vorwurf gemacht, indem er von ihm Neugierigkeiten zitierte, dabei aber nur einen Vorbehalt wiedergab, ohne den Nachsatz hinzuzufügen. Er überlasse das Urtheil über die Art des Zitierns selbst den Abgeordneten Heiligenstadt dem Hause und der Öffentlichkeit.

**Abg. Dr. Heiligenstadt (nat.-lib.)** hält seine Bemerkungen über den Ton und Inhalt der Ausführung des Bankdirektors Kinkel anrecht, wenn er auch zugiebt, daß er seine Worte hätte ausführlicher begründen können. In der Presse habe sich die Zentralgenossenschaftskasse nicht verhalten können, weshalb habe er ihre Vertheidigung hier übernommen.

**Abg. Riedemann v. Sonnenberg (Reformp.)**: Meine Freunde halten die Vorlage für verfehlt. Seit endlich auch dem kleinen Mann das Bankinstitut zugänglich zu machen, dient auch diese Vorlage wieder der Plutokratie. Eigentlich ist die Haltung der Sozialdemokratie. Im Jahre 1889 forderte sie noch die Verstaatlichung der Reichsbank in vollem Umfange, — und heute, nach zehn Jahren, vertritt sie den entgegengesetzten Standpunkt. (Luzus rechts: „Wieder einmal gemauert!“) Die Sozialdemokratie hat also einfach ihre Prinzipien über Bord geworfen und ist zu einer Opportunistenpartei geworden. Was daß gegen die landwirtschaftliche Bevölkerung leistet die Sozialdemokratie dem Kapital, das sie sonst als den bittersten Feind bekämpft, Vorwurf. Sie unterläßt das Vorstellen und das Indulgenz, und dieses erweist sich dann dankbar, indem es die Sozialdemokratie durch die Presse und durch Bozmittel unterstützt. (Wachen bei den Sozialdemokraten. Sehr richtig: rechts.) Sie führen doch oft genug jüdische Bankiers in ihren Zeichnungslisten auf. (Widerstand bei den Sozialdemokraten.) Ich hätte gewünscht, man hätte eine lebende Photographie von der Rede des **Abg. Schönlank** aufnehmen können. (Sehr richtig: rechts.) Die Zustimmung der Sozialdemokratie zu dieser Vorlage sollte für die Regierung eine Warnung sein, und ich möchte deshalb empfehlen, daß man das Privilegium der Reichsbank zunächst auf ein Jahr verlängert und den verbündeten Regierungen aufgibt, im nächsten Jahre eine andere Vorlage zu bringen. So, wie die Reichsbank heute organisiert ist, dient sie nur Bankiers, Großindustriellen und Kapitalisten. Es giebt doch auch noch andere Leute im deutschen Reich, die Landwirthe, Kleingewerbetreibende, die auch am Reichsbank mitgearbeitet haben. Man kann wohl einen Bau ohne große Kapitalisten anstellen, aber nicht ohne Handwerker. Es wäre höchstens die Ornamente ab, die allerdings heute weniger gothisch, als vielmehr orientalisches zu nennen sind. (Heiterkeit.) In dem Zentralgenossenschaftskasse der Reichsbank ist das Judenthum in höherem Maße vertreten, als ihm nach seinem Verhältnisse zur übrigen Bevölkerung zukommt. Man führt den berühmten Streitfall gegen die Verstaatlichung an und sagt, die Kommune habe vor Friedrich Hahn gemacht. Es wird erzählt, Rothschild habe sich mit der Kommune abgefunden. (Heiterkeit.) Allen Grundrissen der Kommune widersteht es doch, daß sie vor dem Privatgenossenschaftskasse steht. Wenn erst einmal der Feind in Berlin steht, dann wünsche ich von ganzen Herzen, daß auch die Willkür des Großkapitals ihm in die Hände spielen. Den Privatnotenbanken sollte man ihr bisheriges Privilegium

belassen, ohne sie in ihrem sonstigen Verkehr zu beschränken. Es ist ein trauriges Bild, daß die Reichsregierung ablehnt, ein Mittel zu übernehmen, das sie in den Stand setzt, dem Mittelstande einmal eine kräftige Hilfe angedeihen zu lassen. Ich fürchte, dem deutschen Mittel wird erst die Bismarckische von den Ohren gezogen werden, wenn ihm gleichzeitig das Fell über die Ohren gezogen wird.

**Abg. v. Wangenheim (V. d. Landw.)** plaidirt aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen für Verstaatlichung. **Abg. Schönlank (Soz.)** erörtert den Unterschied zwischen der von den Sozialdemokraten und der von den Junkern angestrebten Art der Verstaatlichung. Bei der Reichsbank bedeute diese Verstaatlichung die Anlieferung der Bank an die Junker. Dafür sei seine Partei nicht zu haben. Damit ist die erste Beratung der Bankgesetznovelle erledigt. Es folgen persönliche Bemerkungen der **Abg. Müller-Budba, v. Kardorff, Riedemann v. Sonnenberg und Fahn**. Die Vorlage wird einer 28-gliedrigen Kommission überwiesen. Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr; Interpellation König und kleinere Vorlagen. — Schluß gegen 6 Uhr.

### Politische Rundschau.

Chemnitz, 11. Februar 1899.

#### Deutsches Reich.

— Zum Tode des Erbprinzen Alfred von Sachsen-Coburg-Gotha bemerkt die Londoner konservativ „St. James' Gazette“:

„Auf den Herzog von Connaught geht jetzt die Thronfolge des Herzogthums über. Wahrscheinlich wird der Herzog von Connaught von jetzt an viel in Coburg weilen, wie es sein Vater that, als er Thronfolger war. Hier liegt ein weiteres Beispiel von dem fortwährend sich abspielenden Prozesse vor, daß die Krone der englischen Souveräne England entgegen werden. Es liegt sogar in den Grenzen der Möglichkeit, daß der zukünftige Herzog von Coburg König von England wird. Die unglückseligsten das sein würde, sich man als, als der König von Wales seine Thronfolge an seinen Bruder, den Herzog von Edinburgh, abträt.“

Das Bedürfnis in Deutschland, die Kinder der englischen Souveräne zu deutschen Fürsten zu haben, ist höchlich noch erheblich geringer als das der Engländer, sie für England zu verlieren, meinen dazu bisher die „Welt. R. Nachr.“ Es macht auf uns Deutsche einen nicht weniger als erhebenden Eindruck, in ausländischen Blättern die Thronfolge in deutschen Bundesstaaten von einem fremden Interessenstandpunkt aus erörtert zu sehen. In Deutschland giebt es nur ein Bedauern darüber, daß die Erbfolge fremder Fürstenthümer in Deutschland nicht ein für alle Mal ausgeschlossen ist. Uebrigens verfehlt eine Berlin-er Telegraphenagentur das folgende Londoner Telegramm:

Ueber die Thronfolge in Sachsen-Coburg-Gotha ist man sich in diesem Interesse streiten noch nicht ganz klar. Es verleiht, daß der Herzog von Connaught verheiratet wurde, und ferner, daß die Nachfolge auf dem Thron von Coburg und dessen Familie abträt.

Der Herzog von Albany ist der am 13. Juli 1884, vier Monate nach dem Tode seines Vaters geborene einzige Sohn des jüngsten Sohnes der Königin; seine Mutter ist eine geborene Prinzessin von Wales und Brymon.

In der gestrigen Sitzung des Bundesrats widmete vor dem Eintritt in die Tagesordnung der Vorsitzende Graf von Posadowski dem Grafen von Caprivi einen ehrenvollen Nachruf. Hierauf wurden der Entwurf von Vorschriften über die Einrichtung und den Betrieb von Thonmühlenschleppern, die Vorlage über die Auslegung der Prüfungsordnungen für Ärzte, Zahnärzte und Apotheker, der Entwurf einer Fernsprechgebührenordnung und der Entwurf eines Telegraphenwegegesetzes den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Für die Verrechnung der Feldartillerie stimmten in der Budgetkommission außer den beiden konservativen Parteien die Nationalliberalen, vom Centrum Dr. Rieber, v. Hertling, Prinz Krenn rg, dagegen außer den Freireligiösen, Sozialdemokraten, Dänen und Polen, vom Centrum Gröber, Ringen und Müller-Budba. Hieran wurde die Verrechnung der Feldartillerie mit 12 gegen 9 Stimmen ebenfalls genehmigt. Lingens stimmte mit der Mehrheit. Die Weiterberatung ist auf Dienstag verlegt.

In der deutschen Abtheilung der im Jahre 1900 stattfindenden Weltausstellung zu Paris wird auch eine Ausstellung von wissenschaftlichen Instrumenten, Apparaten u. s. w., besonders auf dem Gebiete der Feinmechanik und Optik, veranstaltet werden. Die Ausstellung soll die vorzüglichsten Erzeugnisse des deutschen Instrumentenbaus vorführen. Vom preussischen Staate wird beabsichtigt, eine Anzahl von astronomischen und astronomisch-mechanischen Instrumenten der staatlichen Institute für die Ausstellung zur Verfügung zu stellen, sowie einige größere Modelle neu zu beschaffen.

Die „Wln. Bg.“ wendet sich in scharfen Worten gegen die Deutschland als Friedensküsterer hinstellenden englischen und amerikanischen Redungen, die ein die deutsch: Flagge führendes Schiff des Wasserfahrwerks verdrängten, während sich nunmehr herausgestellt hat, daß es ein amerikanisches Schiff gewesen ist. Das Blatt sagt, auf ebenso unfreundliche sensationelle Redungen sei die Meldung aus Samoa zurückzuführen, daß der dort stationirte englische Kreuzer dem dortigen deutschen Kreuzer in Gefechtsbereitschaft gegenüber liege. Nur ein diplomatischer Seitenhieb könne auf den Gedanken kommen, daß der englische Kapitän in Samoa durch Beschädigung des deutschen Kriegsschiffes Deutschland den Krieg erkläre. Solche Kriegserklärungen würden von den Centralregierungen vorgenommen, oder vielmehr nicht vorgenommen.

#### Ausland.

**Oesterreich-Ungarn.** In Auftrag sind seit dem Verbot des Vortrages des Parrets Kühn aus Dresden 80 Personen zum Protektionismus übergetreten. In Karlsbad traten in den jüngsten Tagen 10 Personen über.

— Der sächsische Landtag wird erst im März einberufen